

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Auch in der zurückliegenden Bundestagswoche ging es wieder viel um Zahlen. Man merkt: Das Jahresende naht. Haushalt und Begleitgesetze müssen noch rechtzeitig durchs Parlament gebracht werden. Und es zeigt sich, dass unter der Eile die Qualität leidet – wie schon beim Haushaltsentwurf für 2025.

Es war schon ungewöhnlich genug, dass Abgeordnete der Ampelkoalition schon bei der Einbringung der Gesetze als Erstes erklärten, da müsse noch nachgebessert werden. Was dann allerdings für diese Woche als Änderung vorgelegt wurde, bringt tatsächlich kaum Veränderungen. Und auch die Expertenanhörung des Bundestagsfinanzausschusses brachte Kritik am Regierungsentwurf. Schon in der nächsten Woche allerdings sollen vier zentrale Begleitgesetze im Bundestag zur endgültigen Abstimmung stehen. Da wartet noch viel Kleinarbeit. Wieder einmal Gesetzgebung im Schnelldurchgang.

Zu allem Überfluss musste Wirtschaftsminister Robert Habeck in dieser Woche die Konjunkturerwartungen deutlich nach unten korrigieren. Statt eines kleinen Plus von 0,3

Prozent gibt es jetzt rote Zahlen. Die Wirtschaft schrumpft voraussichtlich um 0,2 Prozent. Deutschland hat damit alle Chancen erneut Konjunkturschlusslicht der EU zu werden. Die Haushaltsslage für das zu Ende gehende Jahr dürfte damit noch enger werden. Für das nächste Jahr greift Habeck mal wieder zum Prinzip Hoffnung. Er hob die Prognose leicht auf 1,1 Prozent Wachstum an. Die Forschungsinstitute waren für 2025 jüngst von nur 0,8 Prozent ausgegangen. Hoffnung allein hilft nicht. Ohne Kurswechsel kommt der Erfolg nicht zurück.

Bundesfinanzminister Christian Lindner sucht unterdessen nach immer neuen Tricks, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Die jüngste Idee: Die Zinskosten des Bundes für neue Kredite sollen künftig anders gebucht werden, genauer gesagt nach hinten verschoben werden. Der für Lindner erfreuliche Effekt: Er kann sich über eine Entlastung von 7,3 Milliarden Euro im Haushalt 2025 freuen. Im Gegenzug belasten aber in den Folgejahren höhere Zinskosten den Etat. Die Ampel verfrühstückt weiter die Zukunft im Heute, als gebe es kein Morgen.

Ich wünsche Ihnen trotz allem eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Notfallversorgung in der Diskussion



Überlastete Rettungsdienste und Notaufnahmen, Notärzte, medizinisches und pflegerisches Personal, die häufig an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit und oft auch darüber hinaus, arbeiten. Schon im Juni 2023 wiesen CDU und CSU auf die unzumutbaren Verhältnisse hin und mahnten eine Neuordnung der Notfallversorgung an. Seither blockierte die Ampelmehrheit im Gesundheitsausschuss eine abschließende Beratung der [Unionsvorschläge](#) und damit Verbesserungen in der Notfallversorgung. Erst jetzt – mehr als ein Jahr später – legte die Bundesregierung ein eigenes Konzept vor und lässt die Debatte nun zu.

CDU und CSU wollen in ihrem Reformansatz, Rettungsdienste und Notfallambulanzen spürbar entlasten und so die Qualität der Behandlung echter Notfälle steigern. Nur Patienten, die vom Rettungsdienst eingeliefert werden oder eine ärztliche Über- oder Einweisung vorweisen, sollen künftig direkten Zugang zur Notaufnahme erhalten. Alle anderen Patienten sollen erst nach einer medizinischen Ersteinschätzung und mit einem Termin Zugang zur Notaufnahme erhalten. Dazu soll auch die Telemedizin ausgebaut werden.

Die Ampel will eine Entlastung bei der Notfallversorgung durch die verbesserte Zusammenarbeit und eine bessere Steuerung der Hilfesuchenden in die richtige Versorgungsebene sowie eine wirtschaftlichere Notfallversorgung durch den Aufbau neuer integrierter Notfallzentren erreichen.

Die Notfallzentren sollen aus der Notaufnahme eines Krankenhauses, einer Notdienstpraxis der Kassenärztlichen Vereinigung im oder am Krankenhausstandort und einer zentralen Ersteinschätzungsstelle bestehen. Die Zentren müssen allerdings erst noch aufgebaut werden.



Sebastian Brehm: „Es hilft nichts, über Monate und Jahre neue Strukturen aufzubauen. Wir brauchen rasch wirksame Lösungen.“

Und es gilt vor allem, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass man nicht bei jedem Wehwechen den Rettungsdienst ruft oder in die Notaufnahme einer Klinik fährt.“

Instrumente gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung schärfen



CDU und CSU fordern schärfere Instrumente zur effektiven Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Sie setzten in dieser Woche

die Beratung einer entsprechenden eigenen [Initiative](#) im Bundestag durch, nachdem die Ampelkoalition mit ihrem Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz nicht vorankommt. Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland jährlich etwa 100 Milliarden Euro illegale Gelder gewaschen werden.

Die Pläne der Unionsfraktion sehen die Schaffung einer neuen Zollpolizei vor. Dort sollen die Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste im Bereich der Finanzkriminalität, des Schmuggels und der Sanktionsdurchsetzung gebündelt werden, die derzeit noch über unterschiedliche Polizei- und Zollbehörden verstreut sind. Dadurch soll es besser möglich werden, verdächtige Vermögen und Vermögen ungeklärter Herkunft aufzuspüren und zu sichern. Vorgesehen ist auch eine Geldwäscheverdachtsdatenbank in der Personen gespeichert werden können, die wegen Finanz-, Vermögens-, Steuer- und Wirtschaftskriminalität rechtskräftig verurteilt wurden.

Das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz von Rot-Grün-Gelb war bei Experten unter anderem deshalb auf Kritik gestoßen, weil es weiterhin Überschneidungen von Zuständigkeiten gebe. Dies behindere eine effektive Arbeit. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte allerdings noch vor der parlamentarischen Sommerpause erklärt, er sei sicher, dass der Bundestag das Gesetz bald beschließen werde. Er sei von der Qualität des Gesetzes sehr überzeugt. Geworden ist daraus – trotz eines langen Vorlaufs - bislang nichts



Sebastian Brehm: „Wir müssen bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung endlich einen gewaltigen Schritt

vorankommen. Wir brauchen endlich

schlagkräftige Behörden, die die illegalen Geldflüsse aufspüren und unterbinden. Rot-Grün-Gelb aber blockiert sich bei der Lösung der zahlreichen Fragen seit Monaten gegenseitig. Dass die Ampelkoalition die Forderungen von CDU und CSU jetzt ablehnte, ohne etwas Eigenes vorweisen zu können, ist ein neuer rot-grün-gelber Tiefpunkt.“

Sichere medizinische Versorgung für Frauen, Familien und Kinder



Frauen, Familien und ihre Kinder müssen dort, wo sie wohnen, die für sie bestmögliche medizinische Versorgung und Unterstützung erhalten. CDU und CSU haben deshalb im Bundestag jetzt einen [Vorstoß](#) unternommen, um mit Blick auf die Krankenhauspläne von Gesundheitsminister Karl Lauterbach eine Verschlechterung der Geburtshilfe und der klinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu verhindern.

Zur Sicherung einer wohnortnahen, hochwertigen stationären und ambulanten Geburtshilfe schlägt die Unionsfraktion die Förderung hebammengeleiteter Kreissäle vor. Hebammen sollen zudem bessere berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten bekommen. Zur Sicherung der Kinder- und Jugendmedizinischen

Versorgung wird - analog zur Landarztquote - die Einführung einer Kinderarztquote angeregt einschließlich entsprechender Studienplätze.



Sebastian Brehm:

„Lauterbachs Versuch einer Krankenhausreform von oben herab im Dissens mit den Ländern hat eine kalte

Strukturbereinigung der Krankenhauslandschaft losgetreten, die besonders die flächendeckende Geburtshilfe und die klinische Kinder- und Jugendmedizin gefährdet. Schwangere und Familien mit Kindern müssen sich aber jederzeit auf eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige, stationäre und ambulante Versorgung verlassen können. Dafür kämpfen wir.“

Steigende Bürokratiekosten für Wirtschaft und Bürger



Während Rot-Grün-Gelb sich mit ihrem Vierten Bürokratieentlastungsgesetz selbst auf die Schulter klopft, zieht der Normenkontrollrat in seinem jüngsten Bericht eine ernüchternde Bilanz zum Thema Bürokratieabbau. Seit dem Start der Ampelkoalition Ende 2021 haben sich die Bürokratiekosten von rund sechs Milliarden Euro jährlich auf mehr als 27 Milliarden Euro vervielfacht.

Kostentreiber waren vor allem die Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes und der Mindestlohnregelungen. Besonders die Bürger, für die bis 2023 Bürokratiekosten kein Thema waren, wurden mit knapp fünf Milliarden Euro zur Kasse gebeten. Bei der Wirtschaft wuchs die Belastung von rund fünf auf fast 15 Milliarden Euro.

Der Normenkontrollrat unterbreitet in seinem Bericht zudem 60 Maßnahmen, mit denen der Bürokratieabbau maßgeblich vorangetrieben und Bürger und Wirtschaft deutlich entlastet werden könnten. Dies reicht von Änderungen beim Planungsrecht über die Neuorganisation der Sozialleistungen und ihrer Verwaltung bis hin zur Vereinfachung bei Förderbedingungen, Vergaberecht und öffentlichem Beschaffungswesen. Vor allem verlangt der Normenkontrollrat, mit der Übererfüllung von EU-Vorgaben aufzuhören. Als Beispiele werden genannt das nationale Lieferkettengesetz, das Tierarzneimittelgesetz und Regelungen im Immissionsrecht. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Deutschland bei den Verhandlungen in Brüssel mehr tun müsse, um unverhältnismäßige Bürokratie zu vermeiden, betont der Vorsitzende des Gremiums, Lutz Goebel.



Sebastian Brehm: „Die harte Wirklichkeit ist: Beim Thema Bürokratie geht es unter Rot-Grün-Gelb in die völlig falsche Richtung. An dieser

Fehlentwicklung wird sich bis zum Ende der Wahlperiode wohl nichts Grundlegendes mehr ändern. Denn die Regulierungswut der Ampel ist Ausdruck einer Unkultur des Misstrauens gegenüber Bürgern und Wirtschaft.

Besserer Schutz für Einsatzkräfte



Angriffe auf Polizisten, auf Feuerwehrleute und Rettungskräfte, Prügeleien in Notaufnahmen und Angriffe in Arztpraxen sorgen immer häufiger für Schlagzeilen. Im vergangenen Jahr wurden rund 100.000 Polizisten, Vollstreckungs- und Rettungskräfte im Einsatz Opfer von Angriffen.

CDU und CSU wollen die betroffenen Personengruppen durch eine Verschärfung des Strafrechts besser schützen. In den Schutz einbezogen werden sollen dabei erstmals auch Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Praxismitarbeiter. Ein entsprechender [Gesetzentwurf](#) der CDU/CSU-Fraktion wurde in dieser Woche im Bundestag diskutiert.

Angriffe auf den Personenkreis sollen danach mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren geahndet werden statt wie bisher mit Geldstrafe oder Haft bis zu drei Jahren. In besonders schweren Fällen – etwa, wenn ein Messer als Waffe benutzt wird - soll eine

Haftstrafe von bis zu zehn Jahren möglich sein. Zudem wird der Schutz auf Angriffe erweitert, die „in Beziehung auf“ den Dienst begangen werden, also abseits eines konkreten Einsatzes.

Ein besonderer Gast zum Tag der Deutschen Einheit



Er brachte die D-Mark in die damalige DDR und gab der gemeinsamen europäischen Währung ihren Namen „Euro“. Bei einer Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit erinnerte der frühere Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel an die bewegten Zeiten des Vereinigungsprozesses und seine Herausforderungen. Er hatte auch noch einen Rat für den sorgsam Umgang mit der Staatskasse in schwierigen Zeiten parat, den er selbst damals beherzigte: Prioritäten setzen und schauen, was noch geht. Danke, lieber Theo Waigel!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.